

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Interate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 284.

Donnerstag, den 5. Dezember 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Block ist in Gefahr!

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt unter dem gestrigen Datum: „Der Reichskanzler begab sich heute vor Eröffnung der Sitzung in den Reichstag, wo er die Führer der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung bitten ließ. Den Anlaß boten dem Reichskanzler die Vorgänge in der gestrigen Sitzung. Es erscheint aussichtslos, die Geschäfte im Sinne der am 13. Dezember des Vorjahres inaugurierten Politik zu führen, wenn die zum Zusammenwirken berufenen Parteien in ihren parlamentarischen Bestrebungen nach dem gestrigen gegebenen Beispiel fortfahren, gegeneinander oder gegen die Regierung zu kämpfen. Infolgedessen wurde die heutige Sitzung des Reichstages nach einer gegen die gestrigen Bemerkungen des Abg. Paasche gerichteten Rede des Kriegsministers abgebrochen und auf morgen vertagt.“

Wie weiter gemeldet wird, hat Bülow in der Konferenz erklärt, daß, wenn nicht bis heute eine Einigung unter den Blockparteien erzielt werde, er daraus seine Konsequenzen ziehen werde.

Die ungewöhnliche Form des Eingreifens Bülows und die Bekanntgabe durch sein Organ zeigen, daß die Geschichte ernst ist. Der Blockpapa mahnt die Blockkinderchen, hübsch artig und verträglich zu sein, sonst — ja, was denn? Will etwa Durchlaucht Bülow sagen, wenn die Kinder nicht folgen, werde er selbst sich zurückziehen? Oder soll es heißen, die Regierung werde sich eine andere Majorität suchen, das heißt: Zentrum werde wieder Trumppf? Die erste Eventualität kommt wohl nicht in Betracht; der selbstgefällige Fürst Bülow wird ruhig sitzen bleiben auf seinem Sessel. Aber eine Majoritätsbildung aus Konservativen und Zentrum, das liegt schon eher im Bereich der Wahrscheinlichkeit.

Sedenfalls befinden sich die Liberalen der verschiedenen Spielarten bereits in der angenehmen Situation des betrübten Lohgerbers, dem die Felle weggeschwommen sind. Denn die Verwarnung vor den Kämpfen „gegen einander oder gegen die Regierung“ bezieht sich offenbar auf Paasche und die anderen Herren von der „liberalen“ Färbung, die glaubten, es sei ihnen gestattet, jetzt ein klein wenig Selbständigkeit zu mimen. Bülow kanzelt die Getreuen ab wie Schulbuben!

Noch nicht ganz ein Jahr hat der Block bestanden, und schon verzweifelt sein Schöpfer am eigenen Werk. So mußte es kommen! Wenn auch die gegenwärtige Krisis durch abermaliges Zukreuzekriechen der Liberalen noch überwunden wird, der Tag kann nicht mehr fern sein, da den Liberalen, Freisinnigen und Demokraten von der Blockherrlichkeit, von der „Teilnahme an der Regierung“ als Bewilligungsmaschine nichts mehr geblieben ist, als die heillosste Blamage, unter der je eine Schar politischer Kastraten erstickte.

Inzwischen wird bekannt, daß die Blockgesellen gestern beschlossen haben, an der Blockpolitik festzuhalten, sie werden heute diesbezügliche Erklärungen abgeben. Die Nationalliberalen wollen Bülow persönliche Genugtuung geben. — Die unartigen Kinder versprochen also, jetzt recht folgsam zu sein und Papa Bülow zu gehorchen.

Der Geldvorrat Deutschlands in internationaler Beleuchtung.

Die Jagd nach dem Golde wird von Äußerungen begleitet, die verraten, daß die Kenntnis der volkswirtschaftlichen Tatsachen noch sehr zurück ist. So konnte man bei Anbahnung begreifen, daß Deutschland ein an Gold sehr armes Land sei, daß die Goldbestände Deutschlands sehr langsam zugenommen hätten. Sichtlich ist gegenwärtig Interesse genug vorhanden, über den Goldvorrat in Deutschland, sein Wachstum und sein Verhältnis zu dem anderer Länder sich etwas näher zu orientieren. Wir

füßen bei der nachfolgenden Darstellung in erster Linie auf die Berichte des amerikanischen Münzdirektors, die bis zum Jahre 1905 gehen. Für das Ende dieses Jahres liegen Schätzungen über die Goldvorräte (Barren und Münzen) in 46 Ländern vor. Diese 46 Länder hatten einen Goldvorrat von 27,23 Milliarden Mark. Von diesem Goldvorrat entfielen auf die

	Millionen Mark
europäischen Länder, mit Ausnahme Großbritanniens und Rußlands	11 371,08
Großbritannien und seine Kolonien	4 557,84
Amerika mit Ausnahme Canadas	7 189,14
Rußland	3 609,06

Der geringe Rest, der verbleibt, entfällt auf die übrigen Länder. Aus dieser Aufstellung geht zunächst hervor, daß die mitteleuropäischen Länder einen recht betrübenden Teil des Gesamtgoldvorrates sich zu sichern und zu erhalten gewußt haben. Von den 11 371,08 Mill. Mark Gold entfallen auf die drei Länder Österreich-Ungarn, Deutschland und Frankreich nicht weniger als 9 480,96 Millionen Mark; in den Rest teilen sich dreizehn europäische Länder. Der Goldvorrat Frankreichs wurde Ende 1905 auf 4 336,92 Millionen Mark, der Deutschlands auf 3 853,08, der Österreich-Ungarns auf 1 290,86 Millionen Mark geschätzt. Seit Ende 1905 hat aber der Goldvorrat Deutschlands nicht unerheblich zugenommen, so daß wir ihn für Ende September auf 4 186,08 Millionen Mark annehmen dürfen. Großbritannien verfügt Ende 1905 über einen Goldvorrat von 2 348,22, die Vereinigten Staaten von Nordamerika über einen solchen von 5 967,36 Millionen Mark. Um nun das Anwachsen der Goldvorräte zu verfolgen, greifen wir zurück auf das Jahr 1892 und finden, daß damals der Gesamtvorrat der Welt auf 16,02 Milliarden Mark geschätzt wurde. Die Zunahme in den dreizehn Jahren 1893 bis Ende 1905 betrug 11,21 Milliarden Mark, oder fast genau 70 Proz. Von dieser Zunahme haben die europäischen Länder 3,39, Großbritannien und seine Kolonien 1,14, Amerika 4,47, Rußland endlich 2,15 Milliarden Mark an sich gezogen. Bei den wichtigsten Ländern stellte sich die Bewegung wie folgt:

	Goldvorrat in Millionen Mark		Zu (+) resp. Ab- (-)
	1892	1905	
Deutschland	2498	3853	+ 1355
Frankreich	3486	4337	+ 851
Österreich-Ungarn	519	1292	+ 772
Großbritannien	2410	2848	+ 62
Ver. St. v. Nordam.	2510	5967	+ 3457
Rußland	1455	3590	+ 2135

Überblickt man diese Bewegung, so hat zwar der Goldvorrat Deutschlands lange nicht so zugenommen, wie der der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußlands, aber sein Wachstum ist jedenfalls sehr erheblicher als das in Frankreich. In Großbritannien zeigt sich sogar eine Abnahme. Die Steigerung in Deutschland beträgt rund 55 Prozent. Es sollen aus dieser Bewegung hier keine Schlussfolgerungen gezogen werden, aber die Tatsache soll hervorgehoben werden, daß mit Ausnahme Rußlands, wo eine außergewöhnliche Politik eine Vermehrung des Goldvorrates herbeigeführt hatte, und mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Nordamerika die Zunahme der Goldvorräte in Deutschland am kräftigsten war. Allerdings fällt bei Deutschland auf, daß der größte Teil seines Goldvorrates sich im Umlauf befindet, und daß nur ein relativ kleiner Teil sich in den Notenbanken befindet. Von dem Gesamtvorrat Ende 1905 kamen auf die Notenbanken nur 716,10 Millionen Mark, 3236,98 waren im Umlauf. In keinem anderen Lande ist die Summe des im Umlauf befindlichen Goldes im Verhältnis zu dem bei den Notenbanken und Staatskassen lagernden Golde auch nur entfernt so groß wie in Deutschland. Es verteilen sich nämlich die Goldvorräte in den einzelnen Ländern auf die Zirkulation und die Notenbanken resp. Staatskassen Ende 905 wie folgt:

	Goldbestände in Millionen Mark	
	bei den Notenbanken und Staatskassen	im Umlauf
Deutschland	716,10	3 236,98
Frankreich	2 333,10	2 003,82
Österreich-Ungarn	1 044,83	1 290,86
Großbritannien	790,02	1 558,20
Ver. Staaten v. Nordamerika	4 011,36	1 953,00
Rußland	1 295,74	1 760,84

In Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in Rußland ist der größere Teil alles Goldes in den Notenbanken und Staatskassen angelagert. In Österreich-Ungarn und Großbritannien ist zwar der im Umlauf befindliche Teil des gesamten Goldvorrates größer als der in Deutschland, aber nicht in dem Verhältnis, wie in Deutschland. In Großbritannien befindet sich knapp das Doppelte von dem, was in den Notenbanken ruht, im Umlauf in Deutschland dagegen ist es mehr als das Vierfache.

Endlich sei auch darauf hingewiesen, daß wir in Deutschland auch dann nicht ungünstig abschließen, wenn wir den Goldvorrat auf den Kopf der Bevölkerung berechnen. Wir stehen, von den unwichtigeren Ländern abgesehen, an dritter Stelle. Es kam Ende 1892 und 1905 auf den Kopf der Bevölkerung Gold in Mark:

	Mark
Deutschland	63,59
Frankreich	110,92
Österreich-Ungarn	26,29
Großbritannien	53,72
Ver. Staaten von Nordamerika	71,02
Rußland	25,01

In einigen unwichtigeren Ländern ist allerdings der Kopfbetrag höher als in Deutschland, nämlich in Australien, Argentinien und Uruguay. Aber diese Länder sind zum Vergleich kaum ernstlich heranzuziehen. R. C.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Sensation vom Mittwoch.

Es stand etwas bevor. Das wußten alle, die zur Eröffnung der Reichstagsitzung vom 4. Dezember erschienen waren. Was bevorstand, wußte man noch nicht, das heißt, so weit „man“ noch nicht in die Blockgeheimnisse eingeweiht war.

Nicht gefüllt war der Saal und auf der Journalistentribüne konnte der vielzitierte Apfel nicht zur Erde fallen. Unter lautlosem Schweigen des Hauses ergriff der Kriegsminister das Wort. Herr v. Einem ist keine unheimlich pathetische Persönlichkeit. Es ist ihm aufs Wort zu glauben, daß er wirklich durch Krankheit verhindert war, am Dienstag anwesend zu sein. Schwere fällt es, seine wiederholten Versicherungen, daß er von den Botschaftern Sorgängen so gar nichts gewußt habe, buchstäblich zu nehmen. Aber Herr v. Einem ist ein Ehrenmann und so müssen wir denn die Annahme gelten lassen, daß er — vielleicht aus einer Abneigung gegen die Beschäftigung mit sexuellen Fragen heraus — wirklich nicht wußte, was die Späßen von den Dächern pfliffen. Es ist ihm auch zuzugeben, daß es wünschenswert wäre, allgemach diese Fragen etwas weniger ausführlich zu behandeln. Genosse Bebel hat das nötige darüber in einer ruhigen, dezenten Weise, die auch die Gegner, inklusive Herrn von Einem, anerkannt haben, gesagt; er hat auch im Gegenzug zu den hanswurstigen Vorschlägen eines Liebermann von Sonnenberg auf die bei dieser Frage nie aus dem Auge zu verlierende Untercheidung zwischen angeborener und erworbenener Homosexualität hingewiesen. Nicht die persönlichen Auseinandersetzungen Herrn v. Einems mit Herrn Paasche, die die Rechte mit demonstrativem, bisweilen zum Gebrüll entarteten Beifall begleitete, interessieren uns hier; uns interessiert der politische Kern der Einem'schen Ausführungen. Herr v. Einem mußte zugeben, daß die Macht des verfassungsmäßig verantwortlichen Leiters des Kriegswesens, des Kriegsministers, durch das unverantwortliche Militärkabinett eine Begrenzung empfangt, durch welche das weite und wichtige Gebiet der Personalangelegenheiten der Armee überhaupt aus jeder Sphäre konstitutionellen Rechts herausgerückt wird. Hier einzusetzen, sollte der ganze Reichstag als seine Pflicht betrachten. Die Unterstellung des Militärkabinetts unter den Kriegsminister ist zu einer brennenden Notwendigkeit geworden.

Gleich nach Schluß der Rede des Kriegsministers erfolgte die große Sensation des Tages: ein Antrag sämtlicher Blockparteien, von Liebermann bis Payer, auf sofortiges Vertagen. Wozu? Weshalb? Keiner der Blockhäupter fühlte sich bemüht, irgend eine Aufklärung zu geben. Im offenkundigen, wenn auch wohl nicht bewußten Widerspruch mit der Geschäftsordnung ließ der Präsident Graf Stolberg schlankweg die Abstimmung vornehmen, ohne die Unterstufungsfrage zu stellen. Das war das Signal zu einem Ungewitter, das sich in Bemerkungen zur Geschäftsordnung entlud. Zuvor ließ sich Herr Paasche eine persönliche Bemerkung los. Der energische Ton, in dem er sprach, vermochte ein gewisses Zurückweichen nicht ganz zu verschleiern. Es war nicht mehr der Konflikt Einem—Paasche, der nun die Situation beherrschte. Die Frage stand jetzt so, wie Genosse Stange sie in kurzer, kraftvoller, von sämtlichen Minoritätsparteien mit lautem Beifall begrüßter Rede formulierte: Soll der Senatorenkonvent oder soll ein Bülow'scher Privatkonvent der Blockparteien die parlamentarischen Geschäfte leiten? Soll die Geschäftsordnung bruchlos weiter oder nicht? Den Fehler des Präsidenten mußten auch Herr Liebermann und Herr Bassermann zugeben; der letztere tat es mit mehr Eleganz, als der erstere. Was die beiden Herren aber zur Begründung der Vertagung vorbrachten, sprach sich kaum. Herr Liebermann sprach von den wichtigsten Mitteilungen, die den Blockparteien in den Händen der Blockparteien geworden seien; Bassermann dagegen wollte nur die Notwendigkeit

Weiteren Debatten das Stenogramm der Einmütigkeit zur Hand zu haben, als Grund gelten lassen. Genosse Singer und Herr Gröber vom Zentrum unterstützen diesen Widerspruch.

Der Präsident hatte den Schwupper, um mit seinem Landtagskollegen v. Kröcher zu sprechen, eingesehen, und stellte, damit die vorige Abstimmung nicht schweigend amnisierte, nunmehr die Unterstufungsfrage zunächst für den Verlagsantrag. Der Block erhob sich zur Unterstützung. Darauf wurde die Unterstufungsfrage für unsern Antrag auf momentliche Abstimmung über die Verlegung gestellt. Die Minoritätsparteien erhoben sich, und auch diese Unterstufung reichte aus. Mit 169 gegen 124 Stimmen wurde die Verlegung beschlossen. Der Vorschlag, die nächste Sitzung am Donnerstag zur gewohnten Zeit abzuhalten, stieß auf keinen Widerstand. Langsam und in großer Erregung ging das Haus auseinander.

Eine glorreiche Taktik.

Montag hat sich im Reichstage eine Szene abgespielt, die für deutsche Zustände zu charakteristisch ist, als daß wir sie übergehen könnten. Der Herr Kriegsminister verlas einen Brief des bekannten Oberst Gädke, in dem dieser Revanche nimmt für eine rohe Äußerung des Herrn Einem vom Sonnabend her, und den Ausfall des Kriegsministers gegen ihn ebenfalls als eine Niederträchtigkeit bezeichnete. Wir reden nicht über den „Ton“, in dem sich diese beiden Herren unterhalten. Es ist derselbe Ton, in dem Herr Sälow seine politischen Gegner zu beschimpfen pflegt und der schon lange als Sälowskiher Sauherdenton bei üblen Rufe steht.

Noch dies nur nebenbei. Augenweidlich hat Herr v. Einem das große Schimpfwort nur gebraucht, um darüber die totale Ergebnislosigkeit seiner Reimwörterversuche vergessen zu machen. Nichts charakteristischer als eine Rede des Herrn Kriegsministers, eine aus markierter Vierehrlichkeit, Sentimentalität und soldatischem Stumpfsinn kombinierte Spekulation auf das „deutsche Gemüt“, die fast niemals ihren Einbruch auf Beckische und Kadetten verfehlt wird. Dabei übersteht man dann glücklich, daß der Herr inhaltlich gar nichts gesagt hat. Auch in seiner Ausführungen über die Lysar-Hohenau-Affäre, die von der bürgerlichen Presse geflissentlich als völlige Rehabilitierung des Offizierskorps dargestellt werden, hat er schließlich völlig verlagert, wie folgender Artikel Gädkes aus der Montagsnummer des „Berl. Tagebl.“ im einzelnen nachweist:

„Der Major Graf Lysar ist nicht zur gerichtlichen Verantwortung gezogen, sondern einfach zur Einreichung eines Abschiedsgesuches veranlaßt worden, obwohl gegen ihn die Beschuldigung vorlag, einen Untergebenen, unzulässig bestraft zu haben. (Welch mildere Kadett! Sollte die gerichtliche Untersuchung wirklich nicht mehr anzuwenden sein?) Nach dieser Beschuldigung allein konnte er sich gegen eine ganze Reihe von Paragraphen des Militärstrafgesetzes verhalten haben. In diesem Abschiedsgesuche angebotene Strafen hätten — selbst dann, wenn § 17 des Militärstrafgesetzes angeschlossen war — bis zu 2 Jahren Gefängnis, Dienstentlassung und Degradation.

Warde aber die Beschwerde des Untergebenen als unberechtigt erkannt, so müßte gegen diesen wegen verleumdender Beleidigung eines Vorgesetzten eingeklagt werden (Gesetz § 173 bis zu 5 Jahren). Daß man dies nicht getan hat, beweist allein, wie sich die Vorgesetzten des Majors zu der gegen ihn erhobenen Beschuldigung gestellt haben.

Das Unterbleiben einer gerichtlichen Untersuchung gegen ihn ist gesetzwidrig; die Vorgesetzten, die es unterlassen haben, haben sich strafbar gemacht.

Dem Ober des Militärabteiles konnte ebensowenig wie dem Kommandeur des Gardebataillons das Unzulässige und die monarchische Begründung des Abschiedsgesuches entgehen. Sie sind in vollem Maße mitverantwortlich.

Sollte jetzt nachträglich, nachdem in Herr und Volk gewisse Empörungen laut geworden, gegen ihn eingeklagt werden, so ist dies das bisherige Verhängnis nicht auf. Ein Mann, der dem Lande der öffentlichen Meinung hat man sich zur gerichtlichen Verantwortung zu stellen. Wenn ich Lysar übrigens dem Grafen nicht recht, sondern im Unklaren bleibe, so kann ich auch der Zeit nicht mehr überlassen werden, weil in diesem Falle eine Hauptverhandlung nicht stattfinden darf.

Lysar ist nicht in seiner, obwohl nicht unabweisbar, mit Verstand entlassen worden. Auch das ist gesetzwidrig. Ich habe den Wortlaut der betreffenden Stellen des erst erwähnten Jahres eines Rekrutenverzeichnisses bereits hier angeführt. Merkwürdig aber ist schon bei der Verlesung des Gesetzes darauf hingewiesen, daß es dem Zentrum nicht gelungen werde, durch die von ihm eingeklagten Kommandeure zu erlangen, daß wirklich nur dienstverpflichtete Offiziere mit Verstand verurteilt würden. Der Reichstag mag beschließen; was er will; das Militärkabinett handelt wie es will. Es ist ein schmerzliches, ungeschicktes, aber nicht überhandnehmendes Mißgeschick, das die Sache der Gädke und die der Lysar betrifft, die lange der Reichstag und der Reichsanwalt sich das gefallen lassen.

Man kann sich denken, wenn irgendein anderer Offizier solange mit einer Beleidigungsklage gequält hätte, wie dieser General und Hauptleutnant gegen eine so unrichtige, gegen ihn gerichtete Beschuldigung, ja wenn er den Verurteilten nicht persönlich kennen gelernt hätte, wäre aus diesem Grunde ehrenrührig eingeklagt worden. Ich brauche ja nur an den Fall Lysar zu erinnern. Sein geistiger Charakter aber wird überhandnehmend mit dem Danks höherer Beschuldigung mit Verstand zur Verantwortung gestellt werden. Wenn man bedenkt, daß Graf Lysar nicht selber ein ehrenrühriges Verhalten gegen sich, wenn er sich unzulässig hätte und auf andere Weise eine Entschuldigung für seine Unvorsichtigkeit hätte nicht erlangen können? Man glaube doch nur nicht, daß im Falle Hohenau von den Behörden korrekter verfahren sei; die Unklarheit des Kriegsministers wird das nicht zustande bringen.

Es ist sehr häufig, mit abnehmender Stimme zu sprechen, daß man es besser gegen solche Gegenstände eingeklagt werden sollte — das entspricht jedoch nicht der Zeit. Das unzulässige Verhalten im obigen gegebenen Falle ist ein für die Öffentlichkeit ungeschickliches.

Herr Einem hat es unangenehm, auf diese Unzulässigkeiten zu sprechen. Dafür hat er ihnen Danker mit dem Reichstag. Das genügt. Amen!

Das Blatt des Kaisers.

Über die Staatsrede Bebels (nach dem Urteil bürgerlicher Blätter eine der besten, die er je gehalten) Stimmungsbildert die „Tägliche Rundschau“:

Nach Herrn v. Rheinbaben's Steuerrede schwamm Bebel länger denn zwei Stunden auf seinem Stuhl umher... „Beweisen Sie Ihren Patriotismus durch die Tat, dann sind wir dabei,“ ruft pathetisch der alte Komiker und rings erhebt sich schallendes Gelächter. Dann gibt er Kadettenliedern zum besten und nun — der Gardenerprozess. Am liebsten hätte er Gardens ganze Rede vorgelesen, der ihm einst einen „eisgrauen Lügner“ nannte. Etwa eine halbe Stunde lang vertiefte sich der Führer der deutschen Sozialdemokratie mit außerordentlichem Sachkenntnis in die Lebensführung der männlichen Prostitution.

Es handelt sich um jenen Teil der Rede, von dem selbst der Kriegsminister v. Einem sagen mußte, er habe sich „gefremt, daß der Herr Abgeordnete Bebel diese leidige Frage in einer so ruhigen und sachlichen Weise behandelt hat“. Unter verständigen Lesern wird natürlich nur eine Stimme darüber sein, daß es sich im Falle der „Tägl. Rundschau“ um die plumpestre Ausdeutung irgend eines unfähigen Souveränen handelt. Nur die Begleitumstände geben auch dieser Auffassung eine gewisse Bedeutung: die bekannten Beziehungen des Blattes, das für vornehmste Leserkreise bestimmt ist (bekanntlich wird es dem Kaiser unangesehen vorgelegt) und sich sonst über sozialdemokratischen „Sauherdenton“ gar nicht genug beklagen kann.

Agrarische Wahlstatistik.

Daß die Zahlen der Agrarier nicht zu stimmen pflegen, wenn die Herren durch ihre Gelehrten ihren Lesern vorrechnen lassen, daß die Getreidezölle, Viehzölle und Grenzsperrnetze Brot und Fleisch nicht verteuern, ist ja eine bekannte, aber immerhin erklärliche Tatsache. Die Herren Agrargelehrten müssen ja mit falschen Zahlen operieren, da ihnen sonst der Beweis nimmermehr gelänge.

Daß aber die Herren von der „Deutschen Tageszeitung“ auch die Zahlen der Wahlstatistik in ungläubigster Weise entstellen, läßt sich höchstens aus der Gewohnheit und dem Prinzip erklären, Zahlen niemals richtig wiederzugeben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt — sie ist ja die Berufsliste dazu! — der Sozialdemokratie den Rat, „etwas beiseite zu räumen“ anzutreten. Die Sozialdemokratie habe dazu alle Veranlassung, habe sie doch bei den letzten Reichstagswahlen sehr schlecht abgeschnitten. Und nun verzeichnet das Verteilungsblatt folgende sozialdemokratische Stimmenverluste:

Beispielsweise verloren sie im Kreise Leipzig-Land 1440, in Dresden r. d. E. 9163, in Zittau 553 und in Stollberg und Zeltow-Beeskow über 6000 Stimmen. Bedenkt man nun, daß gerade in diesen Kreisen die Arbeiterbevölkerung bei weitem überwiegt, so kann man behaupten, daß viele Arbeiter, die noch im Jahre 1903 den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verhelfen, die Schädlichkeit der Bewegung mindestens eingewilligt erkannt und ihr den Rücken gekehrt haben.

In den genannten fünf Wahlkreisen soll also die Sozialdemokratie 44156 Stimmen verloren haben! In Wirklichkeit verlor sie gegenüber 1903 nur in drei dieser Wahlkreise Stimmen, nämlich in Dresden rechts der Elbe 1921 (nicht 9163!), in Zittau 540 (nicht 553!) und in Stollberg 1096 (nicht 6000!) Stimmen. Dafür gewann sie in Leipzig-Land 1883 und in Zeltow-Beeskow 30250 Stimmen! Die Sozialdemokratie verlor also in den angeführten fünf Wahlkreisen 3557 Stimmen und gewann 32133 Stimmen, jedoch für einen Nettogewinn von 28581 Stimmen zu verzeichnen hatte, statt des von der „Deutschen Tageszeitung“ behaupteten Verlustes von 44156 Stimmen.

Der Himmel mag wissen, woher das Agrarierblatt seine Zahlen bezogen hat! Und das wagt sich an statistische Berechnungen heran, die mehr erfordern als bloßes Abschreiben!

Wo unser Brot bleibt.

Die Handelskammer Brandenburg hat an den Reichshaupter und an den preussischen Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß in diesem Jahre in besonders hohem Maße Brotgetreide nach dem Auslande, besonders nach Rußland, ausgeführt werde, und daß die Ostprovinzen bereits jetzt so sehr von Brotgetreide entblößt seien, daß viele ostpreussische Mühlen möglicherweise schon vor Weihnachten ohne das nötige Rohmaterial sein würden. Vom Auslande sei im Gegensatz zu früheren Jahren, Ertrag nur in geringen Mengen und zu exorbitanten Preisen zu erwarten, da auch dort die Ernte höchst ausgefallen sei. Die Handelskammer hält es deswegen für geboten, daß die Regierung ohne Verzug Schritte tue, um weiteres Abfließen von Brotgetreide nach dem Auslande zu verhindern, und sie glaubt, daß die sofortige Einfuhrung des Verbotensgesetzes für Brotgetreide der diesjährigen Ernte das Mittel sei, das am besten Erfolg verspricht.

Und da legen erst dieser Tage im Reichstage die Agrarier mit großer Einnahme in den Saal hinein, mit der Behauptung, daß Deutschland sei es gar nicht so schlimm bestellt. Das ist die wahre Vaterlandsliebe, die dem eigenen Landmann das Bestreben verleiht, oder gar vor der Nase weg ins Ausland befördert, um damit höheren Profit zu erzielen.

Deraburger Pläne.

Nach der Information des Eisenblattes verlangt Deraburg an Eisenbahnen:

1. Die Eisenbahn Darasalam—Kerogers nach Labara. 2. Die Usambara-Bahn bis zum Eisenbahnstationen weiterzuführen. 3. Das Kasidji-Kilanga-Schiffahrt-Projekt zu betreiben, wenn die Unternehmung dieses Projektes, die im Gange ist, günstig ausfällt.

Dann schließt er noch das Südbahnprojekt von Kilwa an, jedoch hat sich Daraburg noch nicht für einen bestimmten Ausgangspunkt entschieden.

Die Eisenbahnlinie, die der Eisenblatt fordert, würden gleich 150 Millionen kosten, doch würde die Bauzeit 10

bis 15 Jahre betragen, so daß sich pro Jahr nur eine Summe von 12 bis 15 Millionen ergebe. Die Bewilligung dieser Summe hoffe Deraburg von der Reichstagsmehrheit erwarten zu können.

Mit Deraburgs Kolonialbauplänen steht es genau so wie mit den Flottenbauplänen des Herrn v. Tirpitz. Die Kosten sollen sich auf eine Reihe von Jahren verteilen, so daß pro Jahr nur so und soviel erforderlich sei. Nachher aber stellt sich heraus, daß die Baukosten ganz wesentlich höher sind als der Vorausschlag. Und dann wird plötzlich ein beschleunigtes Bauprogramm verlangt. Es braucht ja nur — was nur zu wahrscheinlich ist — in Ostafrika wieder ein größerer Eingeborenenaufrast auszubrechen und der Bahnbau wird beschleunigt. Die Jahresraten verdoppeln und verdreifachen sich dann!

Aber was Herr Tirpitz kann, wird ja auch Herr Deraburg noch können! Die Blockmehrheit wird bewilligen — das Volk kann ja nachher die Suppe auslöffeln! —

Rußland.

Ein Polizeimeister als Mörder. Aus Loda wird der „Frankf. Zeitung“ geschrieben: Ein Fall rohester Beamtenwillkür ereignete sich vor einigen Tagen in dem benachbarten Fabrikstädtchen Babianice. Der dortige Polizeimeister Alexander Sonin erhielt vor etwa zwei Wochen ein anonymes Schreiben, dessen Autor ihm mitteilte, daß der 23-jährige Arbeiter Marjys Griesel ihn mehrfach mit dem Tode bedroht habe. Dem Brief war eine Photographie Griesels beigelegt. Der Polizeimeister ließ sofort den Arbeiter Griesel verhaften. Er behielt ihn drei Tage im Polizeiarrest, dann aber, in der Nacht vom 19. zum 20. November, befahl er, Griesel hinter die Stadt zu führen, wo er „eigenhändig“ die Exekution an dem unglücklichen Arbeiter vollzog. Nach vollzogener Exekution wurde die Leiche des Erschossenen an der Mauer des katholischen Friedhofs beerdigt. Der Vorfall erregte ungeheures Aufsehen. Die Eltern des erschossenen Griesel erstatteten sofort Anzeige bei den Gouvernementsbehörden, auf deren Verfügung eine Untersuchung eingeleitet und die Ermordung der Leiche angeordnet wurde. Die Untersuchung förderte grauenerregende Einzelheiten an den Tag; es erwies sich, daß Griesel vor der Hinrichtung stundenlang gefoltert worden war. Daraufhin wurde Sonin (am 27. November) verhaftet. Zu erwähnen ist noch, daß Sonin, der längere Zeit hindurch Gehilfe des Gefängnischefs in Riga war, durch seine Übergriffe und Willkürakte Veranlassung zu einer Interpellation in der ersten Reichsduma gab!

Senkerarbeit. Von 203 Beteiligten an der Meuterei des Minenbataillons in Wladimirostok am 29. Oktober 1907 wurden 20 zum Tode durch Erschießen, 34 zu Zwangsarbeit, 88 zur Verlegung in die Arrestantenabteilung, 53 zur Verlegung in das Disziplinärbataillon, 2 zu Militärgefängnis und ein Bauer zum Tode durch den Strang verurteilt. 6 Teilnehmer wurden freigesprochen.

Selbstmorde. Man schreibt aus Petersburg: Die Selbstmorde in Rußland nehmen infolge der herrschenden materiellen und geistigen Krisis solche erschreckenden Dimensionen an, daß in Petersburg allein 5—6 Selbstmorde täglich stattfinden. Die größte Zahl der Selbstmörder rekrutiert sich aus der Jugend. — Im Monat August fanden in Petersburg 167 Selbstmorde und Selbstmordversuche statt. — Im Oktober 109, von denen mehr als die Hälfte tödlich verliefen. Während bis jetzt für Petersburg 250 bis 270 Selbstmordfälle jährlich als normale Zahl angesehen wurde, finden jetzt 1500 bis 2000 im Jahre statt. Diese Zahlen zeigen, wie tief in Rußland der Wert des Lebens gesunken ist, und wie sehr man den Glauben an bessere Zustände verloren hat. Der Tod ist für Tausende leichter als ein Leben unter den heutigen Verhältnissen in Rußland.

Amerika.

Nach der Haager Friedensspitze. Der nordamerikanische Staatssekretär für die Marine, McCall, verlangt im Etat 69270000 Doll. für neue Schiffe, darunter vier Schlachtschiffe, vier Aufklärungskreuzer, zehn Torpedojäger und vier Unterseeboote. Bekanntlich war es der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, von dem der zweiten Haager Konferenz der erste Antrag auf Beschränkung resp. Einstellung der Kriegsrüstungen zugeht. Die Forderung des Marineministers gibt jetzt die Illustration dazu.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 5. Dezember.

„Sozialpolitische Fragen im Reichstag“ lautet das Thema, über welches am Donnerstagabend der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Frank im „Bereinshaus“ sprechen wird. Arbeiter, Parteigenossen, agitiert für einen zahlreichen Besuch.

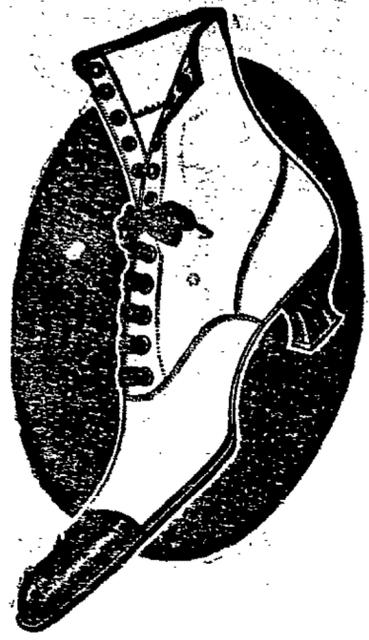
Ein Rezitationsabend veranstaltet am heutigen Donnerstagabend 8 Uhr die Arbeiter-Bildungsschule im „Bereinshaus“. Zum Vortrag gelangt das Drama: „Krieg von Reinert“. Rezitator ist Herr Schauspieler Emil Walke-Lotte-Berlin. Für 25 Bg. ist jedem Gelegenheit geboten, sich einen der Belehrung und Unterhaltung gewidmeten Abend zu verschaffen.

Die Bekämpfung der Warenhäuser hat sich ein seit kurzer Zeit hierorts erscheinendes Blatt, betitelt „Lübecker Abendpost“ angeblickt zur Aufgabe gemacht. Obwohl ein solcher Kampf aussichtslos ist, so würde man es immerhin versuchen, wenn er von den Detaillisten, die um ihre Existenz besorgt sind, geführt wird. Die „Lübecker Abendpost“ aber hofft, indem sie sich als Kampferin der Auswüchse der Warenhäuser aufspielt, im Frühen Frieden zu können. Sie hat an den Vorstand des Rabatt-Sparvereins „Lübeck“ ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„In wirtschaftlicher Beziehung bekämpft die „Lübecker Abendpost“ nach wie vor die Auswüchse der Warenhäuser, die von Warenhäusern oder Kaufmannschaften werden in unserem Blatte nicht aufgenommen. Da es



Die grosse Schuh-Woche



Es ist uns gelungen, von erstklassigen Fabriken grosse Posten Schuhwaren für Damen und Herren weit unter dem regulären Wert zu kaufen. Diese Posten im ganzen

4200 Paar

Damen- und Herren-Stiefel

nur ganz reelle Ware in prima Ausführung gelangen von heute **Donnerstag, den 5. Dezember, bis einschl. Mittwoch, den 11. Dezember**, zu nachstehenden **enorm billigen Preisen** zum Verkauf. Es dürfte sich eine derartige Gelegenheit bei den augenblicklich hohen Lederpreisen so leicht nicht wieder bieten. Wir bemerken, dass wir für jedes Paar weitgehendste **Garantie** für gutes Tragen leisten.

Damen-Rindbox-Stiefel	spitze und runde Fassons, elegante Ausführung Paar	5 50 Mk.
Damen-Boxcalf-Stiefel	in eleganten Fassons, spitz u. breit, zum Aussuchen . . . Paar	6 50 Mk.
Herren-Rindbox-Stiefel	mit u. ohne Lackkappen, schlanke u. breite Formen . . . Paar	6 95 Mk.
Herren-Boxcalf-Stiefel	schlanke und breite Formen Paar	6 95 Mk.
Herren-Boxcalf-Stiefel	nur breite Formen, elegante Ausführung, tadellose Passform, zum Aussuchen Paar	7 95 Mk.
Herren-Goodyear-Welt-Stiefel	hochelegante, breite amerikanische oder spitze Fassons, zum Aussuchen . . . Paar	9 75 Mk.
Herren-Schaftstiefel	Rindleder mit Beschlag, zum Aussuchen Paar	7 75 Mk.

Ferner ca. **500 Paar Baby-Leder-Stiefelchen** **65** Pf.
elegante zweifarbige Ausstattung mit Pompons garniert Paar

Damen-Filz-Hauschuhe **95** Pf. **Damen- und Herren-Unternähsohlen** **45** Pf.
warm gefüttert mit Plüschwollensatz und schwarzer Filzsohle Paar

Trotz dieser ungewöhnlich billigen Preise verabfolgen wir auch auf diese Waren
Rabatt-Marken.

Sämtliche Waren sind auf Extra-Tischen in der 1. Etage ausgelegt und zum Teil in unserem Schaufenster ausgestellt.

Leo Leibholz & Co.

Lübeck.

Holstenstraße 25/33.

Kampfvorbereitungen der Unternehmer im deutschen Baugewerbe.

Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe schreibt der bürgerlichen Presse: „Am heutigen Tage haben sämtliche, dem „Deutschen Arbeitgeberbund“ angehörigen Unterverbände, deren Tarifverträge mit den Arbeitnehmern im Jahre 1908 ablaufen, die Kündigung dieser Verträge eingereicht, unter gleichzeitiger Übersendung von neuen Vertragsentwürfen. Diese Vertragsentwürfe sind einheitlich auf einem normalen Vertragsentwurf aufgebaut, der von dem „Deutschen Arbeitgeberbund“ vorgezeichnet und wörtlich in dem Verträge wiedergegeben ist. Auch der „Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe mit dem Sitz in Frankfurt“ und der „Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen“, die ebenfalls Verbände des deutschen Bundes sind, haben die Kündigung der Verträge am Sonnabend, 30. November, bewirkt. Die beiden großen Verbände werden für die in Betracht kommenden Bezirke je einen einheitlichen Vertrag abschließen und sind übereingekommen, in allen Fragen vollständig Hand in Hand zu gehen. Es dürften bisher im deutschen Baugewerbe noch keine Verträge, die sich über so große Gebiete erstrecken, abgeschlossen worden sein. Die Verbände der Arbeitgeber kommen dadurch einem seitens der Arbeiterorganisationsvereine überall zum Ausdruck gebrachten Wunsch, Verträge abzuschließen, entgegen. Die neuen Verträge zeigen im wesentlichen das gleiche Bild wie die schon in früheren Jahren mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen. Die normale Arbeitszeit soll zehn Stunden betragen, sie darf nicht weiter herabgesetzt werden. Der Arbeitslohn soll trotz der ungünstigen Konjunktur nicht herabgesetzt werden. Nicht nur im Interesse des Baugewerbes, sondern auch im allgemeinen Interesse liegt es zweifellos, daß Tarifverträge abgeschlossen werden.“

Also die zehnstündige Arbeitszeit darf nicht weiter herabgesetzt werden. Der Arbeitslohn soll zwar nicht gekürzt, aber auch nicht erhöht werden.

Gleichzeitig mit der Kündigung der Tarifverträge durch die Unternehmer geht auch die Organisation des Streikbruchs im Baugewerbe vor sich. Das neugegründete Kartell der Unternehmerverbände im Verein der Baugewerke hat es eilig gehabt, sofort mit Laten aufzuwarten, die die Richtlinien seiner künftigen Wirksamkeit zeigen sollten. Am wichtigsten halten danach die Arbeitgeberverbände den organisierten Streikbruch im großen. Zu diesem Zwecke werden in den verschiedensten Grenzorten des Reiches sogenannte Arbeitsvermittlungsbureaus errichtet, denen die Aufgabe zufällt, bei Lohnkonflikten in Berlin und anderswo die bekannten wichtigen Elemente anzuwerben und massenweise nach den Streikgebieten zu importieren. Den ganzen lauberen Organisationsplan enthält am besten ein Vertrag, den das Berliner Bureau mit einem kaufmännischen Stelleninhaber abschließen wollte und den der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer in seinem vollen Wortlaute wiedergibt. Er lautet:

„Mit dem heutigen Tage trete ich als Buchhalter in das Arbeitsnachweisbureau für Arbeitswillige des Maurermeisters Otto Genske, Berlin, Emdenerstraße 39, ein, und zwar für das Zweigbureau.“

„Ich bin bereit, alle an mich gestellten Anforderungen mit bestem Fleiß und Pünktlichkeit auszuführen und meine Beschäftigungszeit so auszunutzen, daß ich alle Ansprüche des Herrn Genske erfülle, soweit es meine Fähigkeit gestattet.“

Sämtliche im Bureau erscheinenden Maurer, Arbeiter und Zimmerer habe ich mit der größten Höflichkeit zu behandeln. Ferner muß ich jeden Arbeiter aufmerksam machen, daß sämtliche Arbeiten, welche von Herrn Genske ausgegeben werden, Streifarbeiten sind, auch muß ich darauf achten, daß nur unorganisierte Maurer bzw. Arbeiter oder Zimmerer eingestellt werden. Von jedem Einschreibenden bzw. Arbeitswilligen habe ich sofort nach dem Einschreiben 20 Mk. zu fordern, eventuell mir das von meinem Gehalt in Abzug gebracht werden kann. Ich erhalte für jeden aus meinem Zweigbureau abreisenden Arbeitswilligen 25 Mk., außerdem zahlt an mich Herr Genske auf einer Arbeitswilligenreise pro Tag 3 Mk. Reisepfesen, auch habe ich freie Fahrt.“

In jedem Bureau befindet sich ein Bureauleiter, welchem ich unbedingt Folge zu leisten habe. Der Bureauleiter ist verpflichtet, Herrn Genske jeden Tag aus seinem Zweigbureau Bericht zu erstatten. Sollte nichts angekommen sein, so einfach die Worte: Nichts angekommen. Diese Briefe alle nach Nieder-Schreiberhau im Riesengebirge.“

Der Bureauleiter ist ferner verpflichtet, das Geld welches er für das Zweigbureau erhält, auf einer Bank im Orte sicher anzulegen, aber so, daß es jeden Tag erhoben werden kann.

Ich erhalte einen Monatsgehalt von 130 Mk., welches in wöchentlichen Raten von 30 Mk. gezahlt werden kann. Kündigungsfrist ist von beiden Seiten eine achtwöchentliche.“

Als Kaution hinterlege ich bei Abschluß des Vertrages den Betrag von 600 Mk. in bar.

Die Arbeitszeit beträgt im Zweigbureau 8 Stunden, von 8-12 und 2-6 Uhr. Für Fahrten auf der Reise und Nachfahrten habe ich nicht mehr zu verlangen als 3 Mk., auch kann ich in Streitzeit zu jeder Zeit für Transporte herangezogen werden.“

Geschäftsgeheimnisse dürfen nicht verschleppt werden, und sollte Herr Genske durch mich geschädigt werden, so ist er berechtigt, von meiner Kaution den Verlust ohne gerichtliche Anerkennung abzuziehen. Für die Sicherheit der Kaution gibt mir Herr Genske einen Schuldschein und einen Sichtwechsel, welcher dann fällig ist, wenn der Vertrag von beiden Seiten gelöst wird.“

Fürwahr, ein sauberer Plan! Die Arbeiterorganisationen sind aber rechtzeitig gewarnt und werden sicherlich alles daran setzen, die Streikbrecherpläne der Scharfmacher zu schanden zu machen.

Soziales und Parteileben.

Polizei, Magistrat und kommandierender General als Beschützer des Geldsacks. Die Arbeiter der einer englischen Gesellschaft gehörenden Gasanstalt zu Hannover waren in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderung lautete auf Erhöhung des Lohnes im Betrage bis zu 50 Pf. pro Tag und außerdem auf Gewährung eines jährlich wiederkehrenden Urlaubs von acht Tagen. Aus dem Umstande nun, daß die Arbeiter ihre Wünsche in die Form einer Forderung kleiden — welche Annahme! — und sie zu einer Zeit erhoben, wo die Gasanstalt „am allermeisten auf die treue Pflichterfüllung unserer Arbeiter“ rechnete, schloß der Direktor der Gasanstalt, Herr L. Körtzing, daß die Arbeiter ihrer Forderung eventuell durch einen Streik Nachdruck verleihen würden. Er wandte sich deshalb mit einem gedruckten Schreiben an die Arbeiter, diese darauf hinweisend:

„daß ein Streik der Gasarbeiter die Wohlfahrt und Sicherheit der ganzen Stadt gefährdet und daß deshalb die Militärbehörden angewiesen sind, Hilfe dazu zu leisten, daß die Arbeit nicht unterbrochen wird. Deshalb dergleichen zu befürchten ist, lege ich mich mit Polizei, Magistrat und dem kommandierenden General in Verbindung und sobald die Arbeiter die Anstalt verlassen, marschiert die nötige Anzahl Soldaten ein und tut die Arbeit solange, bis Erlaß für die Abgehenganen gefunden ist. Damit hat der Streik aufgehört, ein Mittel zu sein, mit dem man

die Gasanstalt zwingen kann; er kostet nur beiden Parteien unvernünftig viel: der Gasanstalt Geld und Ihnen die gute gesicherte Stellung fürs Leben mit der Gewißheit, stets den höchsten Lohn, der in Hannover überhaupt gezahlt wird, zu erhalten und schließlich pensioniert zu werden.“

Alles das geben Sie auf, denn Sie können sich fest darauf verlassen, daß ich nie wieder mit jemandem zusammenarbeite, der versucht hat, die Stadt Hannover ins dunkle zu setzen.“

Schneidig, recht schneidig! Machen die Arbeiter ernst, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, dann marschieren in die gesicherte Stellung fürs Leben, Polizei, Magistrat und der kommandierende General auf, der Vaterlandsverteidiger wird zum Arbeitswilligen degradiert, um den Arbeitern etwaige Streikgeklüfte auszutreiben. Die Gasanstalt läßt sich nun einmal nicht „zwingen“, mehr für ihre Arbeiter zu tun als sie für gut befindet. Wehe den Arbeitern, die Zwang ausüben, die Stadt Hannover ins dunkle setzen wollen! Ein solches Kapitalverbrechen an der Wohlfahrt und Sicherheit der ganzen Stadt und dem Geldbeutel der Aktionäre wird mit aller Schärfe gerochen werden. Wie wir hören, sind nach erfolgter Rücksprache mit der Direktion in England die Forderungen der Arbeiter abgelehnt worden und die Arbeiter haben, allerdings ausschließlich unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes, vorläufig von weiteren Schritten Abstand genommen.

Das staatsgefährliche Turnen. Kürzlich teilten wir den Verlauf eines Disziplinarverfahrens mit, in dem ein 44 Jahre alter herzleidender Polizeibeamter von der Turnverpflichtung, die ihm der Oberbürgermeister zu Harmen auferlegte, durch das Obergerichtspräsidenten befreit ist. Im vollen Gegensatz mit diesem Versuch, herzleidende Polizisten zur Turnerei zu veranlassen, unterlag anderwärts in Braunschweig eine Behörde in klarem Widerspruch mit dem Reichsrecht und der beamteten preußischen Verfassung die Erteilung von Unterricht solchen Personen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben. Heute liegen mehrere Bescheide auf Einsprüche gegen solche behördlichen Eingriffe vor. Bekanntlich hatte das Provinzialschulkollegium fünf trefflichen Turnlehrern, die im Verein „Nichte“ Stählung der Körperkraft und Gewandtheit Turnleistungen beibringen, bei 100 Mk. Strafe verboten, ohne Unterrichtsverlaubnis ihre nützliche Tätigkeit auszuüben. Die Berliner Schuldeputation, an die fünf so Beglückte sich wandten, lehnte die Erteilung des Erlaubniszeichens mit der ebenso kurzen wie bezeichnenden Begründung ab: „auf Veranlassung des Provinzialschulkollegiums“. Ferner ging einem der Turnlehrer die Verfügung zu, nimmere 100 Mk. Strafe zu zahlen oder 10 Tage zu brummen. Selbstverständlich ist hiergegen der Beschwerdeweg beschritten. Inzwischen trötet sich der vom „Provinzialschulkollegium“ zu unrecht Beobachtete noch böser mitgespielt ist, alsdieweil Turnen ein staatsgefährliches Unternehmen, so eine Art Vorbereitung zum Hochverrat sei. Der Turnverein „Nichte“ wird außerdem ein paar Turnwarte anstellen, die auf Grund des § 33 der Gewerbeordnung nimmere gewerblich Turnunterricht erteilen und lehren werden, wie revolutionäre Rippe, umstürzlerische Hocke und staatsgefährliches Stabhochspringen auszuführen ist. Der Ruhm des Brandenburger Provinzialschulkollegiums hat andere Behörden nicht schlafen lassen. Die Regierung zu Hannover hatte sich mit dem Verbot des hannoverschen Polizeipräsidenten zu beschäftigen, durch welches mehreren Turnvereinen die Erteilung von privatem Turnunterricht an jugendliche Personen unter 18 Jahren untersagt war. Der Regierungspräsident von Philippsborn hat die Beschwerde zurückgewiesen. In einem langen Schreiben legt er dar, daß der Geist der dem Arbeiterbund angehörigen Vereine ihm nicht zufagt. Besonders hats ihm das Lieberbuch „Der freie Turner“ angetan. Der Inhalt zahlreicher Lieder lasse keinen Zweifel darüber, daß der Herausgeber des Buches, der Arbeiterturnerbund, und mit ihm die zugehörigen Vereine von revolutionärem Geiste erfüllt sind. Es bedarf keiner Ausführung, daß Angehörigen eines Vereins, in welchem solche Gesinnungen gepflegt werden, die zur Erteilung von Unterricht an jugendliche Personen erforderliche firtliche Fähigkeit nicht zuerkannt werden kann.“

Ein verlorne Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(Fortsetzung.)
Prüfend blickte er den Sprechenden an. Er glaubte das Gesicht desselben schon gesehen zu haben, allein er konnte es nicht entsinnen wo.
„Wer seid Ihr?“ fragte er.
„Wer ich bin, kann Euch gleichgültig sein,“ entgegnete der Mann. „Ich habe Euch in dem Briefe eine wichtige Mitteilung versprochen und ich denke, auf sie allein kommt es an. Oha! Sie wird Euch schon recht sein, und Ihr könnt obenem einen hübschen Zaler Geld dadurch verdienen.“
„So spricht,“ warf Schneller ein. Das Gesicht und das ganze Wesen des Fremden gefiel ihm wenig.
„Nun wir wollen es uns bequemer machen. Hier steht Euch zu mir,“ fuhr der Fremde fort, indem er sich niederließ.
„Nun hört mich an. Ihr habt Niklas List bereits mehrere Male verfolgt und seid stets damit übel angelaufen, ich denke deshalb, es wird eine Freude und eine Genugtuung für Euch sein, wenn Ihr ihn wirklich verhaften könnt!“
Schneller hatte bei diesen Worten lebhaft aufgeschrien.
„Kennt Ihr ihn?“ fragte er.
Der Fremde lächelte.
„Auch das kann Euch vor der Hand gleichgültig sein. Ich will Euch den Weg und die Gelegenheit zeigen, wie Ihr ihn verhaften könnt — es soll Euch nicht gehen wie früher, Ihr müßt nur alles genau so tun, wie ich es Euch sage — es soll auch wenig Gefahr dabei laufen, aber dabei erlaube ich von Euch die Hälfte des Preises, welcher auf List eingewonnen wird.“
Mit steigender Spannung hatte der Gerichtsdiener zugehört. Er blickte den Mann von der Seite an. Jetzt mit einem Male glaubte er mit Bestimmtheit einen von List verfolgten in ihm zu erkennen. War dies nur ein neuer Versuch des Räubers, um ihn zu verlocken und zu verhaften? Mit Mühe bewachte er seine Ruhe.
„Ihr seid einer von List Gefährten, gesteht es mir!“

„Oha! Und wenn ich es wäre! Will ich Euch nicht einen guten Dienst erweisen?“ erwiderte der Mann lachend.
Schneller schwankte, was er tun sollte. Durfte er dem Manne Glauben schenken? Sollte er sich aufs neue in die Gefahr begeben, sich lächerlich zu machen? Der Gedanke, diesen Mann zu verhaften, tauchte in ihm auf. Diese Tat stellte seine Ehre wieder her. Er mußte schon beichten, wenn er einmal im Gefängnis saß. Dort mußte er dasselbe gestehen, was er ihm jetzt mitteilen wollte — dazu war ja die Folter vorhanden.
Nützlich, mit einer größeren Schnelligkeit als man seinem langen Körper zutrauen konnte, sprang er auf. Das Pistol riß er aus der Tasche hervor, hielt es dem Manne entgegen und rief: „Ihr seid mein Gefangener! Rähet Euch nicht, oder ich schieße Euch nieder!“
Mit wildem Blicke stand er da. Er hatte sich dennoch verrechnet.
Mit Blitzschnelle schlug ihn der Fremde unter den Arm, daß das Pistol weit zur Seite flog, und ehe er recht wußte, wie ihm geschah, lag er selbst auf der Erde. Jetzt wurde ihm der Lauf eines Pistols vor seine Augen gehalten, daß er dieselben unwillkürlich schloß.
„Ihr seid ein Narr, der sein Belangen nicht klug wird!“ rief der Mann. „Habt Ihr wahrhaftig geglaubt, ich würde mich von Euch übertölpeln lassen? Ich sollte Euch eigentlich einen Denktzettel geben, den Ihr nie wieder verwischen könnt, ich will es indes nicht tun, weil ich denke, Ihr werdet noch klug werden. Nun steht auf und holt Euch das Pistol wieder. Steht es nur ruhig wieder in die Tasche, denn ich gebe Euch die Versicherung, daß das meinige besser trifft.“
Langsam, den Mann schon misstrauend anblickend, erhob sich der Gerichtsdiener.
„Halt!“ fuhr der Mann fort. „Ehe Ihr Euer Pistol aufhebt, beantwortet mir ein Frage: Wollt Ihr List verhaften oder nicht?“
Schneller mußte all seine Kräfte zusammennehmen, um einen Gedanken fassen zu können; so sehr war er durch das unerwartete Wüßlingen seiner Vorhabens außer Fassung gekommen.
„Ich will es tun,“ erwiderte er.
„Nun, Ihr versprecht mir die Hälfte des Preises, welcher auf seine Gefangenennahme gesetzt ist?“

„Ja.“
„Gut. So setzt Euch nieder. Sollte es Euch noch einmal einfallen, mich verhaften zu wollen, oder solltet Ihr den Vertreter spielen, so kostet es Euch das Leben. — Ich schwöre es Euch zu.“
„Nun hört mich ruhig an,“ sprach der fremde Mann zu Schneller. „Ihr geht morgen nach Greiz, dort feht Ihr in der ersten besten Schenke ein, welche an dem nach Hof führenden Dore liegt. Ihr verratet mit keinem Worte, was Ihr vorhabt, weder unterwegs noch dort an den Wirt. Ihr nehmt auch einen anderen Namen an — nennt Euch zum Beispiel Martin — seid Ihr auch damit einverstanden?“
„Ja. Allein wozu soll das alles eigentlich?“ warf Schneller ein.
„Entweder werde ich in einigen Tagen selbst zu Euch nach Greiz kommen, oder ich schreibe Euch das Nähere. Mit hat in der Nähe von Greiz einen Einbruch vor. Noch weiß ich nicht, wann er denselben ausführen wird — es gilt einem reichen Gutsbesitzer. Ihr sollt es frühzeitig genug erfahren. Dann mögt Ihr Euch entweder von Greiz aus Hilfe mitbringen oder der Gutsbesitzer mag seine Leute bewaffnen. Am besten ist es, Ihr wendet Euch dann an das Gericht in Greiz — Ihr tut dies jedoch erst, wenn Ihr Nachricht von mir habt. Tut Ihr es früher, so seid Ihr verloren — ich werde Euch überwachen lassen!“
Schneller versprach alles, was der Mann von ihm verlangte. Die Überzeugung, daß derselbe ihm List wirklich verraten wolle, gewann immer mehr und mehr Raum in ihm.
„Wollt Ihr jetzt Euren Namen noch nicht nennen?“ fügte er fragend hinzu.
„Nein,“ erwiderte der Fremde, „ich habe Euch bereits gesagt, daß mein Name Euch gleichgültig sein kann. Noch eine Forderung habe ich an Euch zu stellen. Auch wenn Ihr List glücklich gefangen habt, dürft Ihr doch mit keinem Worte verraten, auf welche Weise Ihr erfahren habt, daß er den Einbruch beabsichtigte.“
„Fürchtet Ihr ihn auch dann noch?“ warf der Gerichtsdiener ein.
„Ich fürchte ihn überhaupt nicht,“ entgegnete der Besucher. „Ich mag mit indes auch nicht seinen ganzen Joch aufbürden.“

unberechtigtes Verlangen, daß eine Verhandlung vom 28. mir schon am 28. vorliegen müßte. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Ich habe also nur von Verhandlungen gesprochen, die am 26. und 28. November stattgefunden haben. Nach dem, was mir vorlag, war ich berechtigt zu sagen, daß der Belastungszeuge allein der Zeuge Vollhardt war. Die anderen Zeugen haben durchaus nichts Positives angegeben, sondern lediglich Gerüchte und mehrere der Zeugen haben sich auf den Zeugen Vollhardt bezogen. Aber aus dem, was ich hier habe, kann man nicht einmal entnehmen, daß er ihnen diejenigen Mitteilungen gemacht hat, die er an Harden gemacht hat und die er im Prozeß Harden unter Ausschluß der Öffentlichkeit gemacht hat. Ich war also berechtigt zu sagen, es ist noch nichts erwiesen, es liegen nur unkontrollierbare Gerüchte vor, der Belastungszeuge ist Vollhardt. (Sehr richtig! rechts.) Auch von dem Kaiser des Grafen Hohenau ist verschiedentlich gesagt, er könnte etwas von diesen Dingen wissen. Der Mann ist 15 Jahre bei dem Grafen Hohenau gewesen und hat ausgesagt, daß er niemals etwas davon wahrgenommen hätte, daß sein Herr berartige Dinge triebe. (Hört! hört! rechts.) Um zu illustrieren, wie Gerüchte entstehen, hat er gesagt, eines Tages hat ihm jemand auf dem Exerzierplatz in Potsdam gesagt: "Deinen Herrn haben sie gestern ordentlich vorgehabt in Berlin." Er erwiderte: "Meinen Herren, den habe ich ja gestern Abend mit seiner Familie von seinem Hause zu einer Gesellschaft bei der Prinzessin Alexandrine von Preußen gefahren und nachher wieder von dort abgeholt. Darauf habe der andere gesagt: er kenne ja den Grafen Hohenau nicht, aber der Betreffende habe sich für den Grafen Hohenau ausgegeben. (Lebh. Bemerkung.) Der Abg. Baasche hat Briefe vorgelesen hat. Ich frage nicht, wo der Abg. Baasche die Briefe her bekommen hat (Hört! hört! rechts) ich will auch nicht annehmen, daß es etwa diejenigen Briefe sind, die in der Vernehmung vom 28. d. Mts. Herr Harden dem Gericht in Abschrift vorgelegt hat. Herr Harden hat auch ein Bild des Grafen Hohenau gezeigt. (Hört! hört! rechts.) Das Gericht kennt also diese Briefe. Ich habe auch eine ganze Menge von Briefen an Untergetriebene geschrieben, indem ich diesen auch Geld geschickt habe. Ich habe das auch als Minister getan. Auch haben eine ganze Reihe meiner Untergetriebenen Bilder von mir bekommen, in Paradeuniform, weil das die Leute so gern haben. Das beweist doch aber nicht, daß man homosexuell veranlagt ist. (Große Heiterkeit rechts.) Wenn Herr Baasche andere Briefe hat, möchte ich ihn höflichst und dringend bitten, sie schleunigst dem Gericht der ersten Garde-Division einzureichen. (Sehr gut! rechts.) Auch der Platzmajor v. Hülsen ist von Herrn Baasche vorgeführt worden. Er soll im Hardenprozeß ausgesagt haben, von den Verfehlungen des Grafen Hohenau, des Grafen Lynar und auch des Grafen Moltke gewußt zu haben. Der Zeitungsbericht über die Verhandlung im Hardenprozeß beweist das Gegenteil. Major v. Hülsen ist auch heute morgen einigermassen erregt bei mir gewesen und hat mir ausdrücklich gesagt, daß er nie zuvor über den Grafen Hohenau und den Grafen Lynar etwas gehört habe. (Hört, hört! rechts.) Gerüchte über den Grafen Moltke seien nur einmal vor dem Eingreifen des Kaisers an ihn gekommen, er habe sie auf das bestimmteste zurückgewiesen. Daß die Armee zu einem großen Teile nichts von diesen Dingen gewußt hat, habe ich neulich schon durch Hinweis auf die verschiedensten Persönlichkeiten belegt. Ich habe hier 2 weitere Mitteilungen, einmal von einem General, der von 1899 bis 1902 die der Villa des Grafen Lynar benachbarte Adlervilla bewohnt hat und von einem anderen Offizier, der mit seit meiner Jugend befreundet ist und auch lange in Potsdam gestanden hat, die ebenfalls beide bestätigen, nie etwas von abnormen Neigungen des Grafen Lynar gehört zu haben. Also von einer allgemeinen Verbreitung kann keine Rede sein. Wenn Herr Baasche von hohen Offizieren Mitteilungen in dieser Richtung bekommen hat, so möge er die Namen dieser Offiziere dem Gericht nennen. Wir wollen doch aus dem Schmutz heraus (Lebh. Beifall), wir wollen doch diese Angelegenheit aus der niedrigen Atmosphäre des Klatsches erheben. (Sehr gut! rechts.) Von den jpnischen Liedern hatte mir Herr Baasche schon in der Unterredung gesprochen, worauf ich erwiderte, das sei für mich kein Beweis. Nachdem er das öffentlich wiederholt hat, bitte ich ihn dringend, diese Offiziere dem Generalkommando des Gardekorps zu nennen, denn solche Vorgänge müssen die Disziplin zu grunde richten. (Lebh. Zustimmung rechts.) Niemand kann mehr bedauern als ich, daß ich von all diesen Dingen keine Kenntnis gehabt habe. Hätte ich etwas davon gewußt, wären diese Sachen nicht passiert, oder ich stände nicht vor Ihnen. (Stürmischer Beifall rechts.) Wir leben in einer Zeit des Klatsches, der von Mund zu Mund weitergetragen, sich um die Ehre des Nächsten nicht viel kümmert. (Lebh. sehr richtig.) Selbstverständlich meine ich mit dieser Bemerkung niemand aus diesem hohen Hause. Gewiß ist es Gold, was hier im Reichstag gesprochen wird (Hört.), aber die Tatsachen stehen mir höher, und so richte ich an jedermann die Mahnung, mitzuhelfen, daß wir aus dieser ekelhaften und schmutzlichen Affäre herauskommen. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser Tratsch ein Ende nimmt, daß mit allen Mitteln Gesundheit geschaffen wird, daß, wo ein Kranker sich in dem ganz geworden Körper befindet, er entriert wird. Meine Herren, helfen Sie mit! (Stürm. stark wiederh. Beif., besonders auf der Rechten.)

Es ist ein Verlagsantrag der Abgg. v. Normann (L.), Wassermann (M.), Dr. Müller-Meinigen (F.Vp.), Diebemann v. Sonnenberg (W.Bg.), Schrader (F.Vg.), von Bayer (D.Vp.), Freiherr v. Camp (M.V.) eingelaufen.

Der Verlagsantrag wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. (Unruhe im Zentrum und bei den Soziald. Rufe: Die Mehrheit ist weitaus!)

Dr. Baasche (M., persönlich): Ich habe unter voller Anerkennung der vornehmen Art des Vorgehens des Kriegsministers gestern mein persönliches Bedauern darüber ausgesprochen, daß ihm Dinge, die mir bekannt waren, nicht bekannt gewesen sind, und daß er erklärt hat, die betreffenden Herren sind nicht schuldig. (Widerpruch rechts, Zustimmung links.) Ich habe mir genau angeschrieben, was ich gesagt habe. Der Kriegsminister, den auch ich bisher für meinen Freund gehalten habe, kann aus den Aufzeichnungen lesen, ob meine Erklärung richtig ist oder nicht. Im übrigen beziehe ich die Tribüne des Reichstags als die einzige Stelle, wo berechnete Klagen vorzubringen sind. (Sehr richtig! links.)

Präsident Graf Stolberg (unterbrechend): Letzteres ist eine persönliche Bemerkung.

Dr. Baasche: Das gebe ich zu. (Weiterkeit.)

Singer (S.D.) zur Geschäftsordnung: Ich konstatiere, daß nach der Geschäftsordnung die beiden beschlossene Verhandlung anging, weil die Unterstufungsfrage nicht erledigt ist. (Sehr richtig! links, b. d. Soz. und im Zentr.) Außerdem hat der Präsident eine Meldung von mir zur Geschäftsordnung überlesen. Ich habe den begrifflichen Wunsch von dem Herrn Staatssekretär zu erfahren, warum die Unterstufungsfrage nicht erledigt ist. (Erlaubt Beifall b. d. Soz. und im Zentr.) Die Geheimratskammer hat den Ratifizieren, die der Reichstag seit einhellig bei der Reichsregierung verurteilt hat, aber wir jetzt nicht. (Sehr gut! bei den Soz.)

fahren. Wird der Verlagsantrag genügend unterstellt, muß uns noch das Wort zur Geschäftsordnung gegeben werden, denn wir müssen über die Gründe der Vertagung diskutieren. (Lebh. Zustimmung links, b. d. Soz. und im Zentr.)

Dr. Spahn (F.Vp.): Ich pflichte in allem dem Abg. Singer bei. Die Unterstufungsfrage mußte gestellt werden. Auch ich hatte mich zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet und auch mir wurde das Wort nicht erteilt. (Hört, hört! im Zentr. und b. d. Soz.)

Präsident Graf Stolberg: Ich glaube, daß der Herr Abg. Spahn sich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet habe und daher ließ ich erst abstimmen. Als ich den Verlagsantrag mitteilte, erhob sich fast der ganze Reichstag. (Stürmischer Widerspruch bei den Soz. und im Zentr.) Von hier aus sah es wenigstens so aus. Wenn Vertagung beantragt wird und kein Widerspruch erfolgt, wird die Unterstufungsfrage nicht gestellt. Das geschieht zum Beispiel am Schlusse jeder Sitzung. Ich bin zur Wiederholung der Abstimmung bereit, werde aber keine Diskussion darüber zulassen. (Widerpruch b. d. Soz. und im Zentr.)

Bebel (Soz.): Für den Fall, daß die Vertagung beschlossen wird, bitte ich den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß uns die heutige Reichstagsverhandlung bereits morgen früh zugeht. (Allgemeine Zustimmung.)

Singer (S.D.): Leider ist in der Geschäftsordnung die unglückliche Bestimmung, daß es dem Präsidenten freisteht, ob er einem Redner das Wort zur Geschäftsordnung erteilen will oder nicht. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir schon sehr oft über Verlagsanträge diskutiert haben. (Sehr richtig! b. d. Soz. und im Zentr.) Außerdem beantrage ich hier namentliche Abstimmung über die Vertagung. (Stürm. Beifall b. d. Soz. u. i. Zentr., Lärm beim Block.)

Dr. Wiemer (F.Vp.): Eine Geschäftsordnungsdebatte entspricht nicht der Bedeutung des gegenwärtigen Augenblicks. (Lautes anhaltendes Gelächter b. d. Soz. und im Zentrum.) Ich bitte die äußerste Linke, davon Abstand zu nehmen. Am Schlusse der gestrigen Sitzung sind den Mitgliedern, die den Verlagsantrag unterzeichnet haben, Mitteilungen von wichtigen politischen Vorgängen zugegangen. (Stürm. Hört! Hört! bei den Soz. und im Zentr.) Darüber wird ja auch Ihnen (zu den Soz.) noch Kenntnis werden. Jeder Abgeordnete und jede Partei hat das Recht, Vertagung zu beantragen. Andererseits ist es Ihr gutes Recht, eine namentliche Abstimmung zu beantragen. Die Unterstufungsfrage hätte vorher allerdings gestellt werden müssen.

Wassermann (M.): Dieser Meinung bin ich auch. Von Geheimratskammer kann keine Rede sein. Wir und alle Antragsteller erachten den gegenwärtigen Moment und die Erklärung des Kriegsministers für so bedeutungsvoll, daß wir zunächst die weiteren Beratungen ausgelegt zu sehen wünschen. Wir wünschen namentlich auch die Erklärung des Herrn Kriegsministers im Wortlaut zu haben, ehe wir weiter debattieren. Auch Herr Bebel betonte ja vorher diesen Gesichtspunkt. (Lachen bei den Sozialdem. und im Zentr.)

Dr. Madan (F.Vp.): Ich mache darauf aufmerksam, daß § 53 der Geschäftsordnung Debatten über die Vertagung nach Erledigung der Unterstufungsfrage verbietet. (Sehr richtig! beim Block.)

Gröber (F.): Ich will nur auf den Widerspruch in den Erklärungen der Vertreter der Blockparteien hinweisen. Abg. Wiemer spricht von höchst wichtigen politischen Vorgängen und Abg. Wassermann sagt, davon könne gar keine Rede sein. (Lebh. Zustimmung und stürm. Gelächter l. Ztr. und b. d. Soz.)

Singer (zur Geschäftsordnung): Der Vorredner hat mit Recht auf den Widerspruch in den Erklärungen der Blockparteien hingewiesen. Nach Herrn Wassermann will der Block nur den genauen Wortlaut der Rede des Kriegsministers abwarten; Herr Wiemer aber spricht von wichtigen Mitteilungen, die den Antragstellern zugegangen seien. Wie kommt denn die Majorität dazu, zu verlangen, daß große Parteien dieses Hauses von der Kenntnis solcher Ereignisse ausgeschlossen werden. (Stürm. Beifall b. d. Soz. und im Zentrum.) Wozu haben wir denn den Seniorenkongress? Es ist eine unerhörte Vergewaltigung. (Wiederholter stürm. Beifall bei den Soz. und im Zentrum, Lärm im Block.) Das ist eine parlamentarische Kamarilla. (Anhaltender tosender Lärm im Block, lebhaftes Bravo! im Zentrum. u. b. d. Soz.) Die jetzige Majorität des Hauses scheint hinter dem Rücken der anderen Mitglieder Geschäfte betreiben zu wollen. Auf die Angaben der Blockherren über die Vertagungsgründe kann man sich nicht verlassen, denn sie widersprechen einander völlig. Wer hat recht, Herr Wassermann oder Herr Wiemer? (Zuruf rechts: Beide. Stürm. Hört.) Wir könnten über die Gründe aufgeklärt werden, wenn der Präsident eine Geschäftsordnungsdebatte zulassen wollte. (Sehr richtig! l. Ztr. u. b. d. Soz.) Inneren Antrag auf namentliche Abstimmung halten wir anrecht, weil wir den höchsten Wert darauf legen, daß das Land die Namen der Leute erfährt (großer Lärm rechts), die den Mut haben, eine Vertagung zu beschließen, und damit nahezu die Hälfte des Hauses von den ihnen gewordenen Kenntnissen auszuschließen. (Lebh. Zustimmung links, b. d. Soz. und i. Zentr.) Ich wiederhole: In lokaler Weise ist für solche Dinge der Seniorenkongress in Anspruch zu nehmen und nicht ein Privatkongress des Fürsten Bülow. (Anhaltender stürm. Beifall b. d. Soz. und i. Zentr. Widerspruch b. Block.)

Präsident Graf Stolberg stellt nunmehr die Unterstufungsfrage auf den Antrag auf Vertagung. Der Block erhebt sich.

Präsident Graf Stolberg stellt weiter die Unterstufungsfrage für den Antrag Singer auf namentliche Abstimmung. Sozialdemokraten, Zentrum und Polen erheben sich. Die Unterstufung reicht aus. Die Abstimmung ist also namentlich. Von 304 Abgeordneten stimmten 169 mit Ja, 131 mit Nein. Einer enthält sich. Die Vertagung ist also beschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Staatsberatung.)

Schluß 2 1/2 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Feuerwehmann als Brandstifter. Ein Feuerwehmann nach Siebenleher Mütter hatte sich in der Person des Strumpfwirkers Hoffmann aus Jahnstorf wegen vorläufiger Brandstiftung vor dem Schwurgericht in Chemnitz zu verantworten. In seiner Eigenschaft als Hornist der Jahnstorfer freiwilligen Feuerwehr war er wiederholt von seinen Kameraden gebührend bestraft worden. Aus verletzter Eitelkeit beschloß nun Hoffmann, der Jahnstorfer Feuerwehr einen Posten zu spielen. Er steckte am Abend des 10. September d. J. einen Strobbüschel in Brand, ließ dann schleunigst nach Hause, holte sein Signalhorn und blies, um in der Jahnstorfer Gassen das Feueralarm zu ertönen zu lassen, die guten Bürger des Ortes ihre helle Freude davon hatten. Der gefährliche Angeklagte wurde unter Zustimmung mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Herr Richter. Das Kriegsgericht der Sommerkammer zu Magdeburg sprachte den Traut-

den Müller und die Krückerin Kellner und Kellnerin zu sechs bezw. fünf und drei Monaten Gefängnis. Die drei Angeklagten hatten am Abend des 8. Oktober d. J. nach einer Kneiperei in der Kantine den neugeverreiteten Rekruten einen Besuch abgestattet, sich diesen gegenüber als Vorgesetzte aufgeführt, sie röh m t h a n b e l t, ihnen Geld abgepreßt und dann durch Drohungen verhindert, daß an den diensttuenden Unteroffizier Meldung erstattet wurde. Die mißhandelten Rekruten erklärten als Zeugen, lieber das verlangte Geld herzugeben zu haben, als sich der Gefahr weiterer Mißhandlungen aussetzen.

Brennliche Gefindeklaveret. In der Provinz Hannover, direkt an der braunschweigischen Grenze, im Dorfe Cappelnhagen, bei dem Landwirt W e s p e r m a n n, dient seit mehr als einem Jahre zur Zufriedenheit ihrer Herrschaft ein junges Mädchen aus dem braunschweigischen Städtchen Eichershausen, bis daselbe am 4. September d. J. die Nachricht erhielt, es solle schleunigst nach Hause kommen, da die Mutter schwer erkrankt sei. Auf einen Tag erhielt das Mädchen Urlaub, mußte jedoch zur Pflege der Mutter und zur Führung des erkrankten Haushalts zu Hause bleiben, da der Zustand der Mutter bedenklich war. Der Vater benachrichtigte den Dienstherrn von der unglücklichen Lage der Familie. Zwei Tage darauf erhielt jedoch das Mädchen schon vom Landrat in Alfeld einen Strafbefehl über 6 Mk. und die Befehl, sofort zu seinem Dienst zurückzukehren. Der Vater schickte sofort eine Begründung des Fernbleibens seiner Tochter und ein ärztliches Attest über den Zustand der Mutter ein. Allein alles vergebens. Das Mädchen steht unter der Besindeordnung und wird danach behandelt. Menschlichkeitsgründe gelten dann nicht mehr. Nachdem eine zwangsweise Zurückführung des Mädchens fehlgeschlagen war, wurde daselbe vom Schöffengericht Laurenstein zu 15 Mk. Geldstrafe, eventuell fünf Tage Haft, kostenpflichtig verurteilt. Hierdurch schmol dem Herrn Wesperrmann der Kamm ganz gewaltig. Den Lohn und die Kleidung hatte er bis dahin zurückbehalten. Am 4. November schrieb er dem Mädchen folgenden bezeichnenden Brief:

"Da heute Gerichtlich entschieden ist und Du in Strafe genommen bist, gebe ich den Koffer ab, und die alten wertvollen Kleidungsstücke lasse ich von Pauline auf Deinen Koffer legen, und den Koffer lasse ich Mittwoch den 6. d. M. in mein Gopelschauer stellen, und fordere Dich hiermit auf, denselben von 12 bis 1 Uhr Mittag abzuholen, sollte das nicht erfolgen lasse ich den Koffer an die Strafe stellen, übrigens verbitte ich Dir, mein Haus nicht zu betreten, niedrigenfalls ich Dich entfernen werde. Was Dein Lohn anbetrifft ist hier anbei Rechnung Wesperrmann. Da wir im Juli dieses Jahres abgerechnet haben, haben aber die Tage von 1906-1907 bis auf weiteres zurückbehalten kommen jetzt in Rechnung im Juli 1906 4 Tage weg im September 1906 15 Tage weg im August 1907 2 Tage weg sind 21 Tage rechne pro Tag 1 Mk. am 4. September 1 Mk. erhalten sind 21 Mk. vom 4. Sept. 1907 bis 4. Oktober pro Tag 1 Mk. sind 30 Mk. diese mehrforderung pro Tag rechne ich Entschädigung sind zusammen 51 Mk. 2 Monat sind 62 Tage hast Du bei mir gedient, Jahres Lohn beträgt pro 50 Pfg. sind 31 Mk. Da Du ohne Rechtsgenügenden Grund mir aus dem Dienst gegangen bist erhalte ich mein Guthaben von 31 Mk. bis den 15. d. M. niedrigenfalls ich Gerichtlich vorgehe."

Für 19 Tage im Jahre 1906, das längst verrechnet ist, will der Dienstherr also jetzt noch pro Tag 1 Mk. in Anrechnung bringen und für 31 Tage, die das Mädchen dem Dienst zu früh verlassen hat, fordert er auch pro Tag 1 Mk. "Entschädigung", obgleich dieser Herr dem Mädchen selbst nur 50 Pfg. pro Tag an Lohn" zahlt und obgleich er für die Zeit gar keine andere Arbeitskraft eingestellt hat. Es ist also nicht genug, daß das Mädchen 32,80 Mk. Strafe und Gerichtskosten zahlen muß, es soll auch noch seinen rückständigen Lohn in Höhe von 31 Mk. schwinden lassen und dazu noch 31 Mk. "Entschädigung" zahlen. O, welche Lust, Dienstmagd zu sein!

Aus Nah und Fern.

Das Ende eines Vaterlandsverteidigers. In Altenburg (S.-A.) hat sich der Soldat Meuschke, Sohn eines Arbeiters, aus Furcht vor Strafe erhängt. Wie die Altenburger Volksztg. schreibt, war diese Verzweiflungstat eines Unglücklichen der letzte Akt in einem Drama, das, wenn es nicht diesen plötzlichen, ungeahnten, tragischen Ausgang genommen, vor dem Kriegsgericht resp. erst nach langen Gefängnisjahren seinen Abschluß gefunden hätte. Meuschke soll beim Bajonettexerzieren seinen Unteroffizier mit Losstechen bedroht haben, und nur dem Dazwischentreten seiner Kameraden soll es zu danken sein, daß keine Drohung nicht zur Tat auswich. Er wurde vom Plaze weg in den Arrest verbracht und dort hing er sich an seinem Zahntuch auf. Er zog den Tod langjährigem Gefängnis vor. Die genannte Zeitung erwartet eine strenge Untersuchung des Falles.

Der Reichskandidat als Bücherdieb. In letzter Zeit hat man wiederholt die peinliche Entdeckung gemacht, daß Studenten in den Wandergängen und Hörsälen der Universitäten Diebstähle ausführten. Ein solcher Fall wird aus Göttingen gemeldet. Dort wurde der Reichskandidat Scheide wegen zahlreicher Bücherdiebstähle, die er im Universitätsgebäude ausführte, verhaftet.

Ein gefährlicher Schallehrer. In Lomberg bei Duisburg wurde, wie aus Essen telegraphiert wird, vorgestern ein 34jähriger verheirateter Lehrer wegen Bergehens gegen § 175, begangen an Schulfürern, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis zu Roers übergeführt.

Ein Mord aus Rache. Der 52jährige Schwetshändler Philipp Reinhard Kroner erschoss auf dem Bahnhof zu Wilbel den 61jährigen Viehhändler Johann Kroner und beging dann Selbstmord. Ersterer war Dienstag morgen auf Grund einer Anzeige des Johann Kroner vom Göttinger Schöffengericht wegen Übertretung des Viehsteuergesetzes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Aus Rache hielt er über beging Philipp Kroner bei der Rückfahrt auf dem Bahnhofe Wilbel die Wirtat.

Der Rettlicher Tunnel, der am Mittwoch voriger Woche in einer Länge von 15 Metern eingestürzt ist, wurde 28 Meter Sohlenlänge versipert wurden, kann nach einer Bekanntmachung der Königl. Eisenbahn-Direktion längere Zeit nicht benutzt werden. Der Verkehr zwischen Bonten-Bezzingen und Rettlich wird durch Landpostwagen oder Automobil aufrecht erhalten, was einen Aufenthalt von 1 resp. 1/2 Stunde verursacht. Der Feuerwehmann wird am Umwegen über andere Eisenbahnlinien aufrecht erhalten, wobei nur der Tarif der direkten Fahrt berechnet wird.

Im Eisenbahnwagen berankt. Ein unglücklicher Mann, welcher beständig angehalten die Wägen kreuzen, wurde heute Sonntag früh in einem Eisenbahnwagen bei der Station Wittenberg aufgefunden. Als er von der Bahnung genommen war, erklärte er, daß er während der Fahrt eingeschlafen ist, und daß ihm die Handgelenke unglücklich seine Wertsachen, die Uhr und seine...

Portemonnaie mit 230 Mk. geraubt habe. über den Verfall erregte er sich dermaßen, daß er ohnmächtig zusammenbrach. Auf seinen Wunsch wurde er nach Köln befördert, wo er, da sein Zustand sich bedenklich verschlimmerte, in ein Krankenhaus eingeliefert wurde.

Gutsheirlicher Verstatfouens. Hundert Jahre nach der Bauernbefreiung aus dem Froche der Leibeigenschaft wird die ländliche Bevölkerung in Preußen noch immer in ängstlicher Weise von den Gutsherrn bedrömmet. Das zeigt jetzt wieder eine Anzeige in der "Märk. Ztg." Auf dem Rittergute Proken bei Dammfrug wird ein unverheirateter, zuverlässiger und selbständiger Gärtner zum 1. Januar 1908 geucht. Mit der harmlosesten Selbstständigkeit wird daran im Anseer die Bemerkung geäußert: Bei befriedigenden Leistungen Ver-

heiratung gestattet." Also die Erlaubnis zur Gründung eines eigenen Haushandes wird gewissermaßen als Prämie für zufriedene, enbe Leistungen in Aussicht gestellt. Es fehlt dann nur noch, daß man dem Gärtner auch vor-schreibt wie oft ihm bezw. seiner Frau der Klapperhirsch einen Besuch abstatten darf. Man glaubt sich beim Lesen einer solchen Anzeige tatsächlich um ein Jahrhundert zurück-verlegt.

Strandung eines Passagier-Dampfers. Aus Halifax (Neuschottland) wird gemeldet: Der Canadian Pacific-Dampfer "Mount Temple" ist während eines Sturmes bei einer kleinen Insel an der Küste Neuschottlands ge-strandet. Die 600 Passagiere konnten sich auf die Insel retten, mußten aber dort achtzehn Stunden ohne Nahrung und Obdach zubringen, bis sie schließlich, da die Rote des

Dampfers zertrümmert waren, einzeln vermittelst eines Korbes und einer zweihundert Fuß langen Leine von der Insel nach der Küste befördert werden konnten.

Ein trauriger Fall ereignete sich im Theater Petits Champs in Paris während einer "Kauf"-Vorstellung. Bei Beginn des dritten Aktes wurde der deutsche Bie-fonsul Dr. Schrader plötzlich von Mahlinen be-fallen; er unterbrach die Vorstellung und hielt störende Reden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Im eigenen Interesse

unserer verehrlichen
Inseneren liegt es,

Weihnachts-Anzeigen

möglichst frühzeitig
aufzugeben. Nur
durch rechtzeitige
Aufgabe der Inserate
hauptsächlich der
grösseren u. schwie-
rigen, ist es möglich,
denselben die ge-
wünschte Ausführ-
ung und Plazierung
zu geben.

Expedition u. Verlag d. Lüb. Volksboten.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Arbeiter-Abstinente-Bund.

Seit Donnerstag 8 1/2 Uhr.

Durch die glückliche Geburt eines Zwillinge-
paars (Mädchen) wurden erfreut
P Evers und Frau,
Groß-Strassmann.

Ein möbliertes Zimmer

zu vermieten
Hauptstrasse 5 a.

Sucht eine Wohnung, mit 4 Zimmern
und Kuchenschrank, am liebsten vom Wähler-
oder Gärtner.

Off. um Verleihung u. H B an die Gem.

Sucht zum 1. April eine Dreizimmer-
Wohnung von hundert bis hundertfünfzig
oder hundertsechzig Quadratfuß. Lageort mit
Brennkocher unter 5 h an die Gem. d. St.

ein Malerlehrling.

Herrn E. Becke, Malermeister, Gindrich 27.

Zu vermieten ein Haus mit 4 Zimmern
u. Kuchenschrank, am liebsten vom Wähler-
oder Gärtner.

Ein Kuchenschrank u. ein Sopha

zu verkaufen
Hauptstrasse 1 a. II. rechts.

Ein neuer Kuchenschrank (aus Holz) mit
Kuchenschrank billig zu verkaufen.
Hauptstrasse 1 a. I. Gg.

Ein geschlossenes Kuchenschrank zu verk.
Hauptstrasse 1 a. II.

1 Eschtrant u. 1 Kommode

zu verkaufen.
Hauptstrasse 1 a. II. Gg.

Berzogen nach Pilsener. 10.

Otto Kröner, Schenkwärter,
Gumpelstrasse 10.

Friseur-, Friseur- u. Haarschneide- Salon.

Hauptstrasse, hinter Fährhaus,
Karl Karberg, Sonntag 21.

Pferdehaare,

aus dem Ausland, Hauptstrasse 21.

J. J. Würzburg,

Hauptstrasse 21.

prima Marmelade

aus dem Ausland, Hauptstrasse 21.



18. Vogel- Ausstellung

im Gesellschaftshaus „Monopol“, Johannisstraße 25.

Geöffnet { Sonnabend, 7. Dez., v. 10 Uhr morg. b. 8 U. ab.
Sonntag, 8. Dez., v. 11 Uhr morg. b. 9 U. abds.
Montag, 9. Dez., v. 10 Uhr morg. b. 6 U. abds.
Eintritt 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.

Zum Weihnachts-Feste

empfehle:
ff. Kuchen-Sirup,
sowie alle Zutaten zur Kuchen-
bäckerei.
Mehl a. d. Lüb. Genoss.-Bäckerei,
ferner
braune u. weiße Pfefferkörner,
Konfekt,
braune Kuchen, Topfkuchen zc.
Prügel zugleich meine
Kolonial-, Fettwaren-, Grün- u.
Steingut-Handlung
in freundliche Erinnerung.

August Döbbert
Tükenhagen 20.

Arbeiter- Notiz-Kalender 1908

Seit 60 Pf. Porto 10 Pf.
Der wichtigste Kalender der
Welt u. d. d.
Die Arbeiterkalender sind
in allen Ländern - Belgien,
Frankreich, England, Holland,
Dänemark, Schweden, Norwegen,
Sachsen, Preußen, Österreich,
Rußland, Italien, Spanien,
Portugal, Griechenland, Türkei,
Sibirien, Japan, China, Korea,
Indien, Australien, Neuseeland,
Südafrika, Südamerika, etc.
In jedem Lande sind die
Feiertage, Feste, Gedenktage,
Geburtstage, etc. etc. etc.
In jedem Lande sind die
Feiertage, Feste, Gedenktage,
Geburtstage, etc. etc. etc.

Prima Ochsenfleisch,

Schweinefleisch, Kalbfleisch,
Hammelfleisch

Wurst- und Aufschnittwaren

in bester Qualität, zu billigen Preisen.

Gustav Wietzke

Jahrgang 1871, Hauptstrasse 69.

Empfehle diese Marke anerkennende

Prima gutes kaltes Hammelfleisch 60 Pf.
Prima kaltes Kalbfleisch 50 Pf.
Kalbfleisch 50 Pf.
Prima junges Schweinefleisch 50 Pf.
Prima junges kaltes Hammelfleisch 70 Pf.
Kalbfleisch 50 Pf.
Kalbfleisch 50 Pf.

Paul Boldt,

Hauptstrasse 21.

Für jeden Haushalt

zu Weihnachten eine
SINGER
Nähmaschine
ist das nützlichste Geschenk.

Die Läden
in denen
SINGER
Näh-
maschinen
verkauft
werden
sind
sämtlich
an diesem
Schild
er-
kennbar

SINGER CO.
Nähmaschinen Act.-Ges.
Lübeck, Breitestraße 40.

K. Knabe

21 Meierstrasse 21
empfehle

Zigarren, Zigaretten,
Rauch-, Kan- und Schnupftabake,
Zigarren-Spitzen u. Shag-Pfeifen.
In Weihnachtsgeschenken große Auswahl
in 1/2, 1/2 u. 1/2 Kisten, in nur guter Ware
und feiner Ausstattung.

Johannes Probst

Uhrmacher Marktstraße 29
Reparaturen unter Garantie prompt und
billig. Neben R. 1.50, Gläser v. 30 Pf. an.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** 10.

Jedem Arbeiter bekannt durch gute Ver-
arbeitung und sehr billige Preise. H. H.:

Leibrocken	2,20-4,45
Wandrocken	2,20-4,75
Cholera-Ärmel	1,88-5,25
Reisrocken	1,88-2,25
Reisrocken	1,68-3,25

kleine Jacken, Hosen und große, 1,28
Hosen, Jacken, Schürzen, etc., etc., etc.
Kleider-Material ebenfalls billig.
Kleider von 20 Pf. bis 1,50 Pf.
Rote Laberarbeiten.

Sportklub 50-52.

General-Versammlung
am Freitag, den 6. Dezember 1907,
abends 8 1/2 Uhr.

Gasthof zur Linde

Schlutup.
Freitag bis Sonntag

großes Konzert

angeführt vom
Damen-Trompeter-Korps
„Ariosta“.
Anfang Freitag u. Sonntag 7 1/2 Uhr,
Freitag 4 Uhr.
Eintritt 20 Pf. 10
Um zahlreichem Besuch bittet
H. Froese.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Die heutige Unterrichtsstunde in englischer
Sprache fällt des Rezitationsabends wegen
aus. Dieselbe findet aber am morgigen
Freitag statt.
Der Vorstand.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.

Versammlung

der Mitglieder der Verkaufsstelle
Schwartau
am Sonntag, den 8. Dezember.

abends 4 Uhr
im Gasthof „Zandvaal“.
Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und des Mit-
glieder-Ausschusses.
2. Genossenschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen seitens der Mit-
glieder sowie deren Frauen bittet
Der Vorstand.

Achtung!

Verband der Gemeinde- und
Staatsarbeiter.

Mitglieder- Versammlung

am Freitag, den 6. Dez.,
abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Genossen Stelling.
3. Verschiedenes.

Die Gas- und Wasserwerker sind zu
dieser Versammlung besonders eingeladen.

Achtung Banarbeiter!

am Freitag, den 6. Dezbr.
abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Agitation.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen erucht
Der Vorstand.

Panorama

Breitestraße 53. 1. Etage.
Vom 1. bis 7. Dezember:
Wanderung durch das malerische

Kärnten.

Hansa-Theater

Theater Variete 1. Rang.
Nur eine Woche.
Der jegige große Spielplan.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.

(Provisorium)
Direction: H. Piorkowski.
Freitag, den 6. Dezember. 7 1/2 Uhr.
50. Abom-Vorstellung. 10. Freitag-Abom-
Häsel und Gretel.

Oper in 3 Akten von Humperdinck.
Sonntag: Jeder Platz 50 Pf.
Häsel.

Sonntag 4 Uhr: Kleine Preise.
Der Schwabenkrieg.
Abends 7 1/2 Uhr: Operettenrevue
Grafin Betty
u. Willkür, Komposition des „Vertrauens“.